

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

Tel. 06055/906070
mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linksfraktion-mkk.de

15. Juni 2007

Aus für die Kreisvolkshochschule?

LINKE lehnt Privatisierung der VHS ab

Mit großer Sorge sehen die LINKEN der vom CDU/SPD geführten Kreisausschuss angestrebten „Neuorganisation der Kreisvolkshochschule“ entgegen, die am 20. Juni vom Kreistag beschlossen werden soll.

Verläuft die Abstimmung wunschgemäß, wird die Kreisvolkshochschule demnächst aus der Kreisverwaltung ausgegliedert und in die Main-Kinzig-Kliniken BildungsPartner gGmbH (BiP) eingehen.

Dies bedeutet das Aus für die Weiterbildung als Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand!

Was folgt, ist der Übergang in ein nach rein betriebswirtschaftlicher Effizienz organisiertes Unternehmen, das Personal- und Betriebskosten senkend und Gewinn maximierend arbeiten muss.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN lehnt dieses Vorhaben aufs schärfste ab. Sie sieht hier einen deutlichen Zusammenhang mit den Plänen der Landesregierung, den gesamten Aus- und Weiterbildungsbereich durch Teilnehmerbeiträge finanzieren zu lassen.

„Das Ganze läuft auf eine Privatisierung hinaus. Bildung bekommt nur noch, wer zahlen kann“, kritisiert Heidi Bauer, Kreistagsabgeordnete der LINKEN.

Die von der CDU/SPD-Koalition ins Auge gefasste Fusion ist der Schlusspunkt einer schon seit Jahren falschen haushaltspolitischen Weichenstellung im Main-Kinzig-Kreis.

Der Beschluss die Zuschüsse für die Vhs in 2004 zu halbieren und ab 2005 völlig einzustellen hat zum Beispiel zur Folge, dass inzwischen z. B. keine Kurse mehr zum Nachholen von Schulabschlüssen angeboten werden können.

Gerade die Menschen werden ausgeschlossen, die am meisten darauf angewiesen sind, ihre Chancen, die ihnen ein auf Selektion angelegtes Schulsystem verwehrt hat, durch Weiterqualifizierung zu verbessern.

„Ein bildungspolitischer Skandal! Ein weiterer Schritt in die Zwei-Klasengesellschaft!“ so Heidi Bauer.

Zu fragen ist auch, wie der besondere, historisch gewachsene Anspruch der Volkshochschule, Menschen eine allgemeine, politische, kulturelle Bildung zu vermitteln weiterhin erfüllt werden kann.

Hinzu käme nach Ansicht des Fraktionvorsitzenden Andreas Müller, dass entgegen der Behauptung des Kreisausschusses die personelle Ausstattung der Vhs keineswegs gesichert sei. Nach Vorstellung des Kreisausschusses soll das vorhandene Personal dem Betriebsübergang widersprechen. Dann würde das Personal weiterhin beim Kreis beschäftigt und per Personalüberlassung der Vhs überlassen. Ausgeschiedenes Personal solle dann durch direkte Einstellungen bei der BiP ersetzt werden. Die Einsparungen ergäben sich, weil man sich vom öffentlichen Tarif lösen könne. Hier kritisiert die LINKE, dass zum einen der Kreis Tarifflicht begehe und zum anderen dass damit keineswegs sicher gestellt ist, dass der Kreis wenigstens die Personalkosten weiter trage. Sollte es innerhalb des Kreises Versetzungsmöglichkeiten geben, könnte der Kreis das Vhs Personal versetzen. Die BiP könne dann neu einstellen, diese Kosten würden, nach Meinung der LINKEN, dann aber über die Teilnehmergebühren weitergegeben. Die Arbeitsbedingungen bei der BiP seien dem Kreistag zudem nicht bekannt gegeben worden und auf entsprechende Rückfragen im zuständigen Ausschuss habe der Dezernent Frenz hierauf keine klare Antwort geben können. Mal sei behauptet worden dass der besondere Teil Krankenhäuser des Tarifvertrages öffentlicher Dienst gelte, mal sei gesagt worden, dass die BiP nicht dem Arbeitgeberverband angehöre und frei die Gehälter festlegen könne.

Hier wird soll etwas zusammengehen, was nicht zusammengehört!

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Main-Kinzig

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender